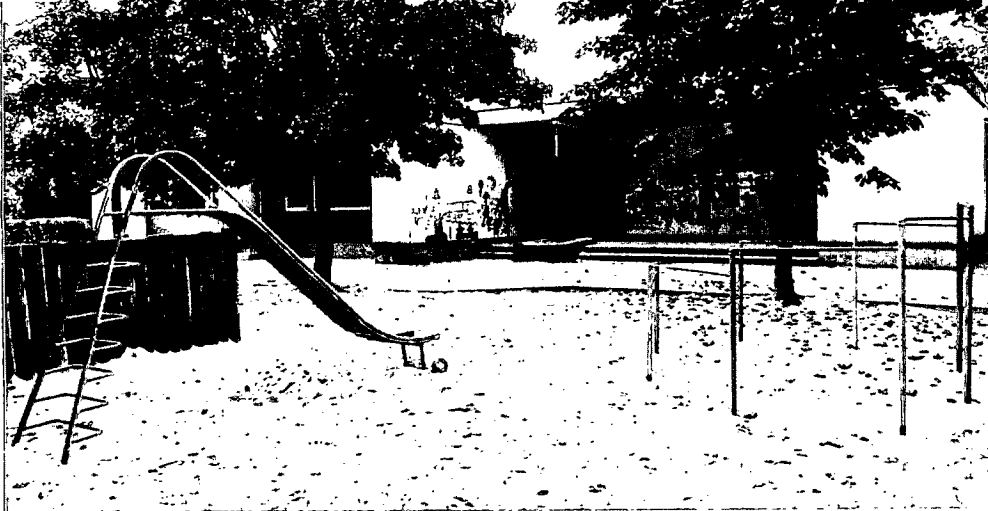




Formaldehyd-verseuchter Kindergarten*: Verdacht auf krebserzeugendes Potential?



Formaldehyd-Erfinder Liebig
HCHO für den Siegeszug der Hygiene

„wirtschaftliche Überlegungen keine Rolle“, beteuerte Geißler.

Wer glaubt's? Denn der Hersteller BASF wehrt sich mit Horrorzahlen: 2000 Arbeitsplätze seien direkt in Gefahr, ein Viertel des westdeutschen Bruttosozialproduktes stehe zur Disposition, werde die Substanz verboten.

Formaldehyd, seit 1859 bekannte einfachste Form des Aldehyd, dem Justus von Liebig den Namen gab, wird in einer Menge von 500 000 Tonnen pro Jahr allein in der Bundesrepublik erzeugt. Das stechend riechende, farblose Gas ist billig herzustellen und profitabel zu vertreiben: Denn Formaldehyd gehört zu den chemisch aktivsten organischen Substanzen – es ist zu allem zu gebrauchen. Deshalb begleitet der Stinkstoff den Menschen von der Wiege bis zur Bahre und kann ihn gar, so wird vermutet, vor der Zeit ins Grab bringen.

„Unverzüglich“, so forderte der Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland am letzten Donnerstag, solle die Bundesregierung deshalb „die potentiell krebserzeugende Chemikalie“ von Amts wegen zurückdrängen. Fernziel ist ein generelles Verbot.

Das Aus träge eine Substanz, die viele Meriten hat: Formaldehyd, chemisch HCHO – in seiner wäßrigen Lösung als Formalin im Handel –, hat den Siegeszug

der Hygiene ermöglicht. Es ist ein böser Feind aller Keime und Bakterien. Und natürlich ist HCHO ein Gift.

Deshalb darf in allen deutschen Fabrikationsstätten die „Maximale Arbeitsplatzkonzentration“, der „MAK-Wert“, ein Teil Formaldehyd auf eine Million Teile Luft – 1 ppm = parts per million – nicht überschreiten. Schon bei dieser Konzentration können dem Betroffenen die Tränen kommen.

Seit einigen Jahren sind das nicht nur die Arbeiter in der chemischen Industrie, sondern Bundesbürger jeden Alters und jeder sozialen Klasse. Ursache ist eine besondere Eigenschaft des Gases: Seine kleinen HCHO-Moleküle lassen sich auf relativ einfache Weise durch Druck und Temperatur zu langen Makromolekülen pressen: Diese „Polymerisation“ macht aus dem Gas diverse Kunststoffe, je nachdem, welche Chemikalien dem Produktionsprozeß sonst noch zugefügt werden.

Das Aldehyd, so verlautbarte BASF, sei allein in 400 BASF-Produkten enthalten und werde von mehr als 30 Industriezweigen benötigt. Das weitverbreitete Gas wird in Spanplatten und Holzwerkstoffen, wärmeisolierenden Harzschäumen, Bindemitteln, Beschichtungen und Textilien verwendet – aus diesen Quellen tritt es, in mehr oder minder großer Konzentration, in die Luft über, wo es nichts zu desinfizieren gibt.

Etliche Wiesbadener Kindergärten mußten letzte Woche deshalb geschlossen werden. Anderswo riß man inzwischen die dünstenden Spanplatten aus den Klassenzimmern (SPIEGEL 27/1984). In den US-Staaten Massachusetts und Connecticut, auch in Kanada, wurde ein Harnstoff-Formaldehydschaum verboten.

Bisher galt unter Ärzten allgemein als sicher, daß diese Dämpfe zwar subjektiv unangenehm, weil schleimhautreizend, im übrigen aber eher harmlos seien. BASF räumt als mögliche Folge der Reizwirkungen eine „erhöhte Blinkrate der Augen“, dazu „Tränenfluß“ und eventuell Husten ein. „Spätschädigung“

* In Wiesbaden.

gen der menschlichen Gesundheit sind nicht bekannt.“

Als Stoff „mit begründetem Verdacht auf krebserzeugendes Potential“ wird Formaldehyd dagegen in einer jüngst erschienenen Liste für den praktischen Gebrauch in Betrieben aufgeführt.

Anlaß dazu waren Versuche, bei denen 1980 in den USA Ratten und Mäuse langfristig mit HCHO-Dämpfen beatmet wurden. Auf der empfindlichen Nasenschleimhaut von Ratten entwickelten sich daraufhin häufig gutartige Geschwülste, bei hoher Dosierung auch Krebs.

Wissenschaftlich gesehen, muß das als Verdachtsmoment gelten, Beweis für Krebsgefährdung des Menschen ist es noch nicht. Bösaartiges Zellwachstum läßt sich im Tierversuch – vor allem wenn man Nager nimmt und die Schadstoffmenge großzügig bemißt – mit zahlreichen Substanzen auslösen, die bei bestimmungsgemäßem Gebrauch relativ harmlos sind.

Beim Menschen ist bisher eine Krebsentstehung durch Formaldehydeinwirkung nirgendwo beobachtet worden – was freilich nicht beweist, daß so etwas nicht möglich wäre. Eine Studie über die Krebshäufigkeit bei 17 000 Menschen, die jahrelang mit Formaldehyd gearbeitet haben, wird von der amerikanischen Krebsgesellschaft im nächsten Jahr abgeschlossen.

Nachdenklichen Beratern des Kanzlers schwant, HCHO werde das Koalitionskonzept für die kommenden Wahlkämpfe in Ländern und Kommunen beschädigen, das den Bürgern die Schrecken rot-grüner Mehrheiten ausmalen sollte. Es könnte einen gewaltigen Umschlag der öffentlichen Stimmung geben, fürchten sie, weil viele Wähler nach den vielen leeren Versprechen aus Bonn nun womöglich ihr Heil bei Grünen oder gar Sozialdemokraten suchen.

Einen ähnlichen Umschwung habe es schon mal gegeben – vor 15 Jahren, als nach den langen Zeiten des Kalten Krieges der Wunsch nach einer neuen Außenpolitik übermächtig wurde und die Christdemokraten in die Opposition trieb.

KOALITION

Wie Gulliver

In Bonn droht neuer Krach: Sowohl beim Datenschutz als auch in der Ausländerpolitik haben die Liberalen andere Vorstellungen als Innenminister Friedrich Zimmermann.

So hatte sich Friedrich Zimmermann das Regieren nicht vorgestellt, als er im Herbst 1982 das Amt des Innenministers übernahm. Ein mächtiger Mann, dachte er, sei er nun, der im Lande Sicherheit und Ordnung schafft und allen das Kuschen beibringt, dem Kanzler und

Von Helle, Hase und Schrecki

Wo uns wie mit Fäusten packt
gleich ihr angebor'ner Takt.

Wilhelm Busch über das Buch „Graf Bismarck und seine Leute während des Krieges mit Frankreich“ von Moritz Busch

Die Abbilder der Regierung Kohl, die längst laufen gelernt haben, sind um ein holographisches Stück bereichert worden. Abgelichtet wird der höchste Beamte des Bonner Regierungsapparats, der Staatssekretär des Bundeskanzleramts Waldemar Schreckenberger. Auch er ist an Auschwitz nicht schuld. Er ging mit Kanzler Kohl auf eine Schule und war 1945 eben auch nur 15 Jahre alt.

Was an diesem „Schrecki“, der mit Kohl so manchen Bubenstreich im Keller hat, gerühmt wird, und zwar einzig gerühmt wird, ist sein Liebreiz, nicht seine Bescheidenheit; denn bescheiden ist er ganz und gar nicht.

Chef des BND (Bundesnachrichtendienst) zu werden „reize“ ihn nicht, hat er gesagt, und es muß an der Unauffälligkeit dieses Mannes liegen, daß in der Journalistenzunft kein Kichern und kein Gelächter vernehmbar wurde. Das wäre ungefähr so, als würde unsereiner der Presse mitteilen, man gedenke nicht, in Seoul 1988 am Stabhochsprung teilzunehmen. Und der Fall ist nicht ausgestanden. Kohls Seinen gibt es der Herr im Schlafe.

Wie der im allgemeinen und im besonderen zuverlässige Mainhardt Graf Nayhauf in „Bild“ (zuverlässig, was die Tatsachen anlangt) mitteilt, wolle Schrecki, „selbst wenn er zum 1. August 1985 BND-Chef wird“, „dort nicht als Versager antreten“. Schließlich hat Schrecki, wie Nayhauf klarsichtig urteilt, „nicht klipp und klar dementiert!“, daß er BND-Chef würde.

Einem breiteren Publikum machte sich Kohls Jugendfreund bekannt, als er, der oberste Koordinator der Geheimdienste, dem Kießling-Verleumder Ziegler seine Aufwartung machte, ganz Fachmann, ganz Unschuld vom (Pfälzer) Lande. Noch bekannter wurde er, als er vor dem an Luschen gewöhnten Kießling-Ausschuß des Bundestags die lächerlichste, wenn auch liebenswerteste Charge hinlegte; Goldoni hätte sich vor Prusten selbst nicht mehr eingekriegt.

Wie wird man, wenn man in einem Amt durchweg und vollauf versagt hat, ein „Nicht-Versager“? Ziemlich einfach.

Wie dem Gerede begegnen, man sei krank? Einfach. Man beobachtet vom Hubschrauber aus die Sonderspur für beschleunigte Pkw-Abfertigung am deutsch-österreichischen Grenzübergang. Aber von unten kann doch niemand erkennen, wer im Hubschrauber sitzt? Wieder ganz einfach. Man erzählt es den Journalisten.

Wie dem Vorwurf begegnen, man habe eine Unzahl Pannen, Stichworte Amnestie und Buschhaus, nicht verhindert? Schwieriger, aber immer noch einfach: „Mit mir hat kein Mensch geredet.“ Auch „Helle“, der Chef, hat ihm nichts gesagt. Wenn das nicht werbewirksam ist! Helle und Hase, die werden's schon richten.

Die Abteilungsleiter im Kanzleramt Fischer (Recht und Verwaltung) und Jung (Nachrichtendienste) gelten beide nicht als Löwen mit Flügeln. Das betrifft nun Schrecki gar nicht. Hat Helle ihn vor deren Ernennung etwa nicht gefragt? Genau, genau. Warum sollte er auch.

Unverdorren hält dieser schreckliche, aber harmlose Jurist sich für den geeignetsten Mann/Menschen, der dem Helmut Kohl als Chef des Bundeskanzleramtes dienen könnte. Und da dürfte er sogar recht haben. Denn von allen Schulkameraden Kohls dürfte er die größte Begabung und die reichhaltigste Verwaltungspraxis mitbringen. Er ist von jenem Holz, aus dem Kanzlerknechte geschnitzt werden, solange Kohl noch regiert.

Auch dieser Artikel, wie die Meinungsäußerungen in anderen Organen zuvor, wird Schreckis ungebremsete Wirksamkeit ihrem Ende nicht näherbringen. Treu, wie Helle nun mal ist, verlängert jedes abschätzige Urteil über Schrecki Schreckis Amtszeit, durchschnittlich um etwa andert-halb Wochen. Der BND muß noch warten. Die Lebensfreude währet immerdar.

Zumal Professor Waldemar Schreckenberger nun doch einen Entschluß gefaßt hat: Er will sich künftig nichts mehr gefallen lassen. Ab Montag früh, wenn der Kanzler vom Wolfgangsee zurück ist, wird zurückgeschossen.

erst recht dem kleinen Koalitionspartner FDP.

Doch nach knapp zweijähriger Amtszeit zeigt Zimmermann Verschleiß-Symptome. Aufgerieben im ständigen Streit mit den widerspenstigen Freidemokraten, ohne Beistand vom Kanzler, läßt er bereits Zeichen der Resignation erkennen. „Ich kann die Welt nicht anders machen“, entschuldigt er nun, „auch nicht die FDP.“

Aber begreifen kann der CSU-Mann das alles nicht. Denn nach seinem politischen Verständnis handelt die FDP, die sich so beharrlich seinen Plänen widersetzt, ständig gegen ihre eigenen Interessen. Gerade ihre Wende-Wähler, so glaubt er demoskopisch gesichert zu wissen, finden die Zimmermann-Politik prima. Die wollen, meint er, daß die Zahl von derzeit noch 4,5 Millionen Ausländern weiter dezimiert wird. Die haben, aus seiner Sicht, keinen Bedarf an allzuviel profilsüchtiger Liberalität. „Die sind auf Gesamtkurs der Union“, weiß er, „massiv verstößt der jetzige Kurs der FDP diese Kernwählerschaft.“

Wie Gulliver unter den Zwergen fühlt er sich. Über alle Maßen ärgert ihn, daß Leute wie Gerhart Baum und Burkhard Hirsch, die er – als radikale Minderheit – einfach links liegenlassen wollte, oder Justizminister Hans Engelhard, der als einer der Schwächsten im Kabinett gilt, seinen Ruf als starker Mann beharrlich demonstrieren.

Seine Widersacher haben es bald geschafft, ihn als Musterbild eines erfolglosen Ministers vorzuführen. Dabei bedienen sie sich einer geschickten Hinhaltenaktik. Alle Gespräche, sei es über den Datenschutz oder über das Ausländerrecht, ziehen die listigen Liberalen geschickt in die Länge. Zimmermann kann seiner Klientel keine Fortschritte vermelden.

Engelhard etwa rühmt sich inzwischen seiner Bedächtigkeit, er prüft und prüft und preist seine Verzögerungs-Manöver als Zeichen solider Arbeit an. Hirsch, als Rechtsexperte der FDP-Fraktion, nervt seine Gesprächspartner aus der Union mit Prinzipienfestigkeit und detailgenauen Einwänden. Und Baum macht dazu die öffentliche Begleitmusik, nach dem Tenor: „Mit uns nicht“.

Nicht einmal auf Absprachen mit Ministerkollegen, klagt Zimmermann, kann er sich verlassen. Sind seine Beamten mit dem Hause Engelhard einig geworden, war gar schon im Kabinett eine Linie gefunden, kommt plötzlich ein Abgeordneter und meldet im Namen der Fraktion Bedenken an – oft mit Erfolg. „Im Zweifel“, stöhnt der CSU-Mann, „setzt sich bei denen immer die negative Position durch.“

Gerade die letzte Woche bot dafür wieder Anschauungsunterricht: Hirsch legte Widerspruch gegen eine Lockerung des Waffengesetzes ein, obwohl die FDP-Minister im Kabinett längst zugestimmt hatten. Und der Fraktionspre-



Zimmermann-Kritiker Hirsch, Baum: „Mit uns nicht“

cher assistierte, wenn Hirsch Bedenken hege, spreche er auch für die Fraktion.

Zum Thema Datenschutz hat Baum bereits kernige Sätze fürs neue FDP-Programm zu Papier gebracht. „Der Bürger muß Herr über seine Daten sein und bleiben“, heißt es da. Zudem verlangt er „den kontinuierlichen Ausbau des Schutzes der Privatsphäre“. Denn: „Stillstand bedeutet hier Rückschritt.“

Schützenhilfe bekam Baum vom Justizminister. Engelhard rügt eine „Tendenz des Bundesministers zu einer minimalistischen Auslegung“ des Bundesverfassungsgerichtsurteils zur Volkszählung, in dem ein „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“ deklariert wurde.

Gestärkt durch dieses Urteil, verlangen die Liberalen zahlreiche Korrekturen an Zimmermanns Plänen zur Bürgerüberwachung. Vom maschinenlesbaren Personalausweis versprechen sie sich „keinen Sicherheitsgewinn“ (Hirsch). Zum Volkszählungsgesetz haben sie eine „Reihe von Fragen und Zweifeln“ (Baum).

Obendrein sperren sie sich auch gegen einen Entwurf aus dem Verkehrsministerium, der, ganz im Sinne des Innenministers, den Abruf von Daten aus dem Flensburger Verkehrszentralregister großzügig regelt.

Daß die Liberalen auch in der Ausländerpolitik kräftig mauern, geht Zimmermann besonders gegen den Strich. Schließlich hätten sich in Umfragen 82 Prozent der FDP-Wähler (Gesamtbevölkerung: 80 Prozent) für eine Verringerung der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik ausgesprochen – und die darf man, so seine Logik, nicht ungestraft enttäuschen.

Des Kulissengerangels mit den störrischen Freidemokraten überdrüssig, trat der Minister die Flucht nach vorn an. Sein Ende September vorliegender Ent-

wurf eines neuen Ausländergesetzes, so ließ er verbreiten, werde alle Restriktionsmaßnahmen enthalten, die er für notwendig halte: von der Herabsetzung des Nachzugsalters auf sechs Jahre über weitere Beschränkungen beim Nachzug von Ehegatten bis hin zur Möglichkeit, Ausländer in Fällen schwerer Kriminalität schon vor einem Gerichtsurteil ausweisen zu können.

Hinterlistig „begrüßte“ es daraufhin Burkhard Hirsch, daß die Koalition „zur baldigen Klärung noch offener Fragen der Ausländerpolitik“ kommen werde, fügte aber gleich hinzu, eine parlamentarische Mehrheit habe Zimmermann für seine Pläne nicht.

Richtig markig schlug es dem Bayern aus dem hohen Norden entgegen. Wenn Zimmermann sich im Kabinett durchsetze, tönte Schleswig-Holsteins FDP-Chef Werner Zywiets, müßten sich die Freidemokraten überlegen, „ob wir überhaupt noch in der Regierung bleiben können“.

Die Gefahr, daß der Minister, ähnlich wie beim Umweltschutz, auch in der Ausländerpolitik am Ende als Ankündigungsminister dastehen wird, wächst. Denn es ist nicht allein eine „unheilige Allianz aus Kirchen und Liberalen“ (ein Zimmermann-Berater), die sich seiner harten Linie widersetzt; auch prominente Parteifreunde haben Einwände.

So waren sich Kanzler Kohl, Arbeitsminister Norbert Blüm und Finanzminister Gerhard Stoltenberg schon im April mit dem Chef des Koalitionspartners, Außenminister Hans-Dietrich Genscher, einig geworden, daß eine Senkung des Nachzugsalters für Ausländerkinder von derzeit 16 auf sechs Jahre nicht in Frage komme. Zudem wird es immer schwieriger, die Notwendigkeit einer strikten Abschottungspolitik zu begründen. Denn seit 1982 geht die Zahl der Ausländer langsam, aber stetig zurück – Folge vor allem der schwierigen Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt.

Obendrein hat das Arbeitsministerium gemeldet, daß rund 300 000 Ausländer dank finanzieller Hilfe des Bundes in ihre Heimat zurückkehren. Genschers Schlußfolgerung für den Familiennachzug: „Kein Handlungsbedarf.“

Den sehen die Liberalen freilich da, wo es um die Rechtssicherheit und die Integration der auf Dauer in der Bundesrepublik bleibenden Ausländer geht. So hält Zimmermann daran fest, daß nachgezogene Ehepartner und Kinder ausländischer Arbeitnehmer grundsätzlich nur ein „abgeleitetes Aufenthaltsrecht“ haben – bei Scheidung oder Tod des Gastarbeiters droht ihnen die Abschiebung.

Ein Recht auf unbegrenztes Bleiben will Zimmermann erst „nach langjährigem Aufenthalt im Bundesgebiet“ gewähren, und auch dann nur, wenn den Betroffenen „eine Rückkehr in die Heimat nicht mehr zugemutet werden kann und ihr Lebensunterhalt gesichert ist“.

Dazu FDP-Hirsch: „Das reicht uns nicht, wir wollen klare Regelungen für ein eigenständiges Aufenthaltsrecht.“ Wenn Zimmermann mit seiner Position im Kabinett durchkommen sollte, droht der streitbare Liberale, „dann gibt es ja auch noch eine Fraktion und das Parlament“. Zimmermann hat sich inzwischen darauf eingestellt, daß er am Ende als Verlierer dastehen könnte. Er denkt schon darüber nach, wie er am besten aus der verkorksten Situation herauskommen könnte.

Seine Alternativen: Kompromiß bis an den Rand der Selbstverachtung oder – vielleicht noch besser – Konfrontation ohne Abstriche. Dann nämlich, rechnet er sich aus, könnten die Wähler einen standhaften Verlierer honorieren. ♦



Bundesinnenminister Zimmermann
„Im Zweifel die negative Position“